

Braunschweig, 17.01.2023

PRESSEERKLÄRUNG**GGG Niedersachsen verurteilt Treffen extremer Rechter in Potsdam**

Die GGG Niedersachsen als Verband für das gemeinsame Lernen und für eine Schule für alle ist entsetzt über die Aktivitäten extremer Rechter in Potsdam. Hier wurde versucht, eine Etablierung faschistoiden Gedankenguts vorzunehmen. Das dort Verhandelte ist menschen- und demokratieverachtend. Es erinnert an den Plan der Nationalsozialisten, europäische Jüdinnen und Juden nach Madagaskar zu deportieren.

Wenn der AfD-Bundestagsabgeordnete René Springer bei X schreibt: „Wir werden Ausländer in ihre Heimat zurückführen. Millionenfach. Das ist kein Geheimplan. Das ist ein Versprechen.“, dann ist dies unerhört und verfassungsfeindlich.

Die GGG Niedersachsen verurteilt dieses Vorgehen aufs Schärfste und fordert alle demokratischen Kräfte, Verbände und Parteien auf, sich von solch unsäglichem Gedankengut zu distanzieren und für die demokratische Verfassung der Bundesrepublik Deutschland Position zu beziehen.

Schule muss ein Ort sein, an dem man Demokratie erfährt, Teilhabe praktiziert, Vielfalt als Chance annimmt – ein Ort für Menschen, die alle gleichwürdig sind und gegenseitigen Respekt verdienen. Dafür tritt die GGG Niedersachsen ein und wird noch aufmerksamer die gesellschaftliche und insbesondere die schulische Entwicklung begleiten, um Demokratiefeinde zu erkennen und zu bekämpfen.

Die GGG Niedersachsen stellt sich entschlossen gegen das in Potsdam verhandelte Gedankengut und das dahinterstehende Menschen- und Weltbild, das uns allen nicht wiedergutzumachenden und dauerhaften Schaden zufügt.